

Berlin Retten

Bürger nah. Vernünftig. Unabhängig.

Grundsatzprogramm für Berlin

Für ein Berlin, das wieder funktioniert



Inhalt

Präambel	5
I. Unser politisches Selbstverständnis	5
1. Sachpolitik statt Lagerdenken	5
2. Bürgerinteressen vor Parteiinteressen	5
3. Unabhängigkeit als Grundprinzip	5
4. Freiheit und Verantwortung	6
5. Meinungsfreiheit und offene Debatten	6
II. Ein Berlin, das wieder funktioniert.....	6
6. Eine leistungsfähige und erreichbare Verwaltung.....	6
7. Berlin als funktionierende Smart City	6
8. Öffentliche Finanzen mit Vernunft.....	7
III. Starke Bezirke und klare Verantwortung	7
9. Schluss mit der politischen Scheinverantwortung.....	7
10. Entscheidungen näher an den Bürgern treffen	7
11. Echte Befugnisse für die Bezirksämter	8
12. Befugnisse, Geld und Verantwortung gehören zusammen	8
13. Bezirksverordnetenversammlungen wirksam machen	8
14. Klare Zuständigkeiten für die Bürger.....	8
15. Handlungsfähige Bezirke statt Außenstellen des Senats	9
IV. Mobilität und Infrastruktur	9
16. Mobilität statt Stillstand	9
17. Alle Baustellen auf den Prüfstand	9
18. Eine Baustelle – ein Gesamtprojekt	9
19. Verkehrsfluss und Sicherheit gewährleisten	10
20. Verbindliche Termine, Kontrollen und Sanktionen	10
21. Schnelle Reparaturen statt monatelanger Absperrungen.....	10
22. Langfristig wirtschaftlich statt kurzfristig billig.....	11
23. Verkehrspolitik für alle	11
24. Keine pauschale Verdrängung des Autos.....	11
25. Öffentlichen Nahverkehr alltagstauglich machen.....	11
26. Park-and-Ride und gute Umstiegsmöglichkeiten	12
V. Sicherheit, Ordnung und Gefahrenabwehr.....	12
27. Sicherheit ist eine staatliche Kernaufgabe	12
28. Schutz von Polizei, Feuerwehr und Rettungskräften	12
29. Feuerwehr und Rettungsdienste modern ausstatten	12
30. Notruf muss jederzeit erreichbar sein.....	13
31. Ordnung und Sicherheit im öffentlichen Raum	13
VI. Kita, Bildung, Jugend und Familie	13
32. Bildung statt Ideologie	13
33. Wohnortnahe und verlässliche Kitaplätze	13
34. Kurze Beine, kurze Wege.....	14

35. Bedarfsgerechte Schulformen erhalten.....	14
36. Inklusion darf niemanden benachteiligen	14
37. Jedes Kind fördern – auch die Leistungsstarken	15
38. Brennpunktschulen gezielt unterstützen und kontrollieren	15
39. Fachkräfte gewinnen, halten und Ausfälle auffangen	15
40. Jugendclubs und Freizeitangebote in jedem Kiez	16
41. Familien stärken und entlasten	16
VII. Wohnen und Stadtentwicklung	17
42. Bezahlbares Wohnen ermöglichen	17
43. Neubau mit Infrastruktur verbinden	17
44. Gewachsene Kieze erhalten.....	17
45. Eigentum ermöglichen und schützen	17
VIII. Wirtschaft, Arbeit und Mittelstand	17
46. Berlin muss wirtschaftsfreundlicher werden	17
47. Lokale Zentren und Einkaufsstrassen stärken	18
48. Arbeit muss sich lohnen	18
IX. Zusammenleben und soziale Verantwortung	18
49. Gemeinsame Regeln für alle	18
50. Integration durch Sprache, Bildung und Arbeit	18
51. Hilfe, die tatsächlich ankommt.....	18
52. Obdachlosigkeit nicht verwalten, sondern bekämpfen.....	18
X. Umwelt, Natur und Lebensqualität	19
53. Natur schützen – ohne Symbolpolitik	19
54. Wälder, Parks und Gewässer bewahren.....	19
55. Klimaanpassung praktisch gestalten.....	19
56. Sauberkeit ist eine öffentliche Kernaufgabe.....	19
57. Wiederverwendung und Reparatur erleichtern	19
58. Öffentliche Räume zum Leben	20
XI. Kultur, Freizeit, Tourismus und Nachtleben	20
59. Berlins kulturelle Vielfalt erhalten	20
60. Berlin als Freizeit- und Erlebnisstadt.....	20
61. Freizeitbäder und große Familienangebote schaffen	20
62. Der Spreepark muss mehr bieten	20
63. Nachtleben, Konzerte und Veranstaltungen stärken	21
64. Messen, Kongresse und große Ereignisse zurückgewinnen	21
65. Kultur und Freizeit bezahlbar halten.....	21
66. Große Kulturprojekte endlich abschließen	22
XII. Sport, Vereine und Ehrenamt	22
67. Sport für alle ermöglichen.....	22
68. Sportstätten erhalten und modernisieren	22
69. Vereine als Rückgrat der Stadt stärken	22
70. Ehrenamt erleichtern statt erschweren	23
71. Kinder und Jugendliche über Vereine fördern.....	23

XIII. Demokratie und Bürgerbeteiligung	23
72. Bürger frühzeitig beteiligen	23
73. Direkte Demokratie stärken	23
74. Transparenz und Kontrolle	24
XIV. Unser Angebot an Berlin	24

Präambel

Berlin ist eine großartige Stadt. Sie ist vielfältig, lebendig und geschichtsträchtig. Jeden Tag übernehmen Menschen Verantwortung, gründen Unternehmen, versorgen ihre Familien, tragen Vereine und halten Nachbarschaften zusammen.

Doch Berlin bleibt weit hinter seinen Möglichkeiten zurück. Verwaltungsvorgänge dauern zu lange. Schulen, Straßen, Brücken und öffentliche Gebäude verfallen. Baustellen werden schlecht koordiniert, Wohnen wird immer teurer und Unternehmen werden durch Bürokratie ausgebremst. Zu viele politische Entscheidungen folgen Parteitaktik, Symbolpolitik oder ideologischen Vorgaben statt den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen.

Damit wollen wir uns nicht abfinden.

Unsere Bürgerbewegung steht für ein Berlin, das wieder funktioniert. Wir wollen Probleme offen benennen und praktisch lösen. Für uns ist nicht entscheidend, ob eine Idee als links, rechts, progressiv oder konservativ gilt. Entscheidend ist, ob sie vernünftig, finanzierbar und gut für Berlin ist.

Politik muss den Menschen dienen – nicht Parteien, Verwaltungen oder politischen Apparaten. Wir wollen eine unabhängige, demokratische und bürgernahe Kraft für ganz Berlin aufbauen. Sie richtet sich an Menschen, die sich von den bestehenden Parteien nicht mehr vertreten fühlen, sich aber auch nicht aus der Politik zurückziehen wollen.

Berlin braucht keine weitere Organisation, die nur über Probleme redet. Berlin braucht eine Bewegung, die anpackt.

I. Unser politisches Selbstverständnis

1. Sachpolitik statt Lagerdenken

Politische Entscheidungen müssen sich an ihren Folgen für die Menschen messen lassen. Eine vernünftige Idee wird nicht dadurch falsch, dass sie aus einer anderen politischen Richtung stammt.

Wir entscheiden nach Fakten, Erfahrungen und den konkreten Bedürfnissen der Berliner. Was funktioniert, soll erhalten werden. Was nicht funktioniert, muss verändert werden. Unser Maßstab ist der gesunde Menschenverstand, nicht die Zugehörigkeit zu einem politischen Lager.

2. Bürgerinteressen vor Parteiinteressen

Zu häufig werden Entscheidungen nach Koalitionszwängen, innerparteilichen Absprachen oder persönlichen Karriereinteressen getroffen. Dadurch entfernt sich Politik vom Alltag der Menschen.

Mandate und politische Ämter sind kein Selbstzweck. Wer politische Verantwortung übernimmt, ist den Bürgern verpflichtet. Wir lehnen Hinterzimmerpolitik, Postengeschacher und Entscheidungen ab, die vor allem dem Machterhalt dienen. Politische Prozesse müssen transparent, nachvollziehbar und öffentlich kontrollierbar sein.

3. Unabhängigkeit als Grundprinzip

Unsere Bewegung soll unabhängig von bestehenden Parteien, Lobbygruppen und politischen Apparaten handeln können.

Wir arbeiten mit allen demokratischen Kräften zusammen, wenn dies Berlin dient. Zugleich behalten wir uns vor, Entscheidungen jeder Partei offen zu kritisieren. Zusammenarbeit darf nie bedeuten, die eigene Unabhängigkeit oder die Interessen der Bürger aufzugeben.

4. Freiheit und Verantwortung

Eine freie Gesellschaft lebt davon, dass Menschen eigene Entscheidungen treffen können. Der Staat soll schützen, Recht durchsetzen und verlässliche Rahmenbedingungen schaffen. Er soll sich aber nicht unnötig in das Leben der Bürger einmischen.

Wir stehen für einen begrenzten, aber handlungsfähigen Staat: weniger Bevormundung und Bürokratie, dafür Verlässlichkeit bei Sicherheit, Bildung, Infrastruktur und Verwaltung. Freiheit schließt Verantwortung ein. Wer Freiheit für sich beansprucht, muss die Rechte anderer achten und für das eigene Handeln einstehen.

5. Meinungsfreiheit und offene Debatten

Demokratie braucht Widerspruch. Menschen müssen ihre Meinung äußern dürfen, ohne vorschnell ausgegrenzt oder moralisch abgewertet zu werden.

Wir stehen für eine respektvolle, aber offene Debattenkultur. Kritik an politischen Entscheidungen, gesellschaftlichen Entwicklungen und staatlichem Handeln muss möglich sein. Nicht jede unbequeme Meinung ist undemokratisch. Wo Menschen bedroht, beleidigt oder in ihren Rechten verletzt werden, sind jedoch klare Grenzen erreicht.

II. Ein Berlin, das wieder funktioniert

6. Eine leistungsfähige und erreichbare Verwaltung

Die Berliner Verwaltung muss für die Bürger da sein – nicht umgekehrt.

Termine, Anträge, Genehmigungen und Auskünfte müssen innerhalb angemessener Fristen verfügbar sein. Zuständigkeiten müssen eindeutig, Verwaltungswege nachvollziehbar und Ansprechpartner erreichbar sein.

Besonders problematisch ist die fast vollständige Abhängigkeit von Online-Terminen. Bei Bürgerämtern, dem LABO und anderen Behörden sind Termine oft über Wochen ausgebucht, während eine persönliche Vorsprache ohne Termin kaum möglich ist. Zusätzlich werden knappe Termine durch Mehrfachbuchungen und gewerbliche Vermittler blockiert.

Wir fordern:

- verbindliche Bearbeitungs- und Rückmeldefristen,
- mehr reguläre Termine und eine verlässliche Personalplanung,
- ein tägliches Kontingent kurzfristiger Termine,
- offene Sprechstunden für Bürger, die Wartezeit in Kauf nehmen,
- wirksame Vorkehrungen gegen Mehrfachbuchungen und Terminhandel,
- digitale Angebote und weiterhin erreichbare persönliche Anlaufstellen,
- zentrale Ansprechpartner bei komplexen Anliegen,
- verständliche Formulare, Bescheide und Verfahrenshinweise,
- klare Verantwortlichkeiten bei Verzögerungen und Fehlentscheidungen.

Digitalisierung darf nicht bedeuten, komplizierte Papierverfahren ins Internet zu übertragen oder den Zugang zur Verwaltung auf ein ausgebuchtes Terminportal zu beschränken. Sie muss Wege verkürzen und den Bürgern Zeit ersparen.

7. Berlin als funktionierende Smart City

Eine Smart City ist keine Stadt mit möglichst vielen Apps, Bildschirmen und Modellprojekten. Technik muss konkrete Probleme lösen und den Alltag erleichtern.

Digitale Systeme sollen Verkehrsströme besser steuern, Baustellen koordinieren, Schäden früh erkennen und öffentliche Leistungen verlässlicher machen. Dafür braucht Berlin:

- eine gemeinsame Datenbasis für Straßen, Baustellen, Leitungen und geplante Infrastrukturmaßnahmen,
- eine Verkehrssteuerung, die Ampeln und Verkehrsführungen an die tatsächliche Lage anpasst,
- aktuelle Informationen über Baustellen, Störungen und Umleitungen,
- einfache Meldesysteme mit nachvollziehbarem Bearbeitungsstand,
- offene Schnittstellen zwischen Senat, Bezirken, Verkehrsbetrieben und Versorgungsunternehmen,
- den Grundsatz, dass Bürger Angaben und Nachweise nicht mehrfach bei verschiedenen Behörden einreichen müssen,
- hohe Anforderungen an Datenschutz, Datensicherheit und den Schutz kritischer Infrastruktur,
- Schutz vor dauerhafter Abhängigkeit von einzelnen Softwareanbietern.

Digitale Angebote dürfen persönliche Ansprechpartner nicht vollständig ersetzen. Technik ist dann sinnvoll, wenn Berlin dadurch schneller, verlässlicher und einfacher funktioniert.

8. Öffentliche Finanzen mit Vernunft

Berlin nimmt viel Geld ein. Trotzdem funktionieren viele grundlegende Leistungen nicht ausreichend.

Öffentliche Mittel müssen vorrangig dort eingesetzt werden, wo sie den Menschen konkret zugutekommen: bei Bildung, Infrastruktur, Sicherheit, Verwaltung, Wohnungsbau, Sauberkeit und sozialer Unterstützung.

Prestigeprojekte, Doppelstrukturen, überflüssige Beratungsaufträge und Programme ohne nachweisbaren Nutzen gehören auf den Prüfstand. Jede größere Ausgabe braucht ein klares Ziel, nachvollziehbare Kosten und überprüfbare Ergebnisse.

Steuergeld ist das Geld der Bürger. Damit muss sorgfältig umgegangen werden.

III. Starke Bezirke und klare Verantwortung

9. Schluss mit der politischen Scheinverantwortung

Berlin leidet unter unklaren Zuständigkeiten zwischen Senat, Bezirken, Landesämtern und landeseigenen Betrieben. So können sich Verantwortliche bei Verzögerungen und Fehlentscheidungen gegenseitig die Schuld zuschieben.

Bezirksstadträte werden für Probleme verantwortlich gemacht, obwohl sie viele wesentliche Entscheidungen weder selbst treffen noch finanzieren können. Verantwortung ohne Entscheidungsmacht ist unehrlich und teuer.

Berlin muss sich entscheiden: Entweder die Bezirke erhalten echte Befugnisse oder ihre politische Rolle muss grundlegend neu geordnet werden. Eine Ebene, die kaum gestalten darf, aber Ämter, Personal und Verwaltungskosten bindet, ist auf Dauer nicht zu rechtfertigen.

10. Entscheidungen näher an den Bürgern treffen

Die Berliner Bezirke unterscheiden sich erheblich. Ein dicht bebauter Innenstadtbezirk hat andere Anforderungen als ein großer Flächenbezirk mit Wäldern, Seen, Einfamilienhausgebieten und langen Verkehrswegen.

Der Senat kann nicht jede Schule, Straße, Grünanlage und jedes Wohngebiet in zwölf Bezirken gleichermaßen im Blick behalten. Die Bezirke kennen die örtlichen Probleme und müssen mehr eigene Entscheidungen treffen können.

Unser Grundsatz lautet: Was ein Bezirk sachgerecht selbst entscheiden kann, soll nicht vom Senat vorgegeben werden.

11. Echte Befugnisse für die Bezirksämter

Bezirksstadträte müssen in ihren Fachbereichen tatsächlich gestalten können. Ein Schulstadtrat muss bei Schulbau, Sanierungen und Schulstandorten eigene Prioritäten setzen können. Ein Baustadtrat muss bezirkliche Straßen, Wohngebiete und Stadtentwicklungsprojekte voranbringen dürfen. Auch bei Ordnung, Grünflächen und Bürgerdiensten müssen Personal und Mittel dort eingesetzt werden können, wo der Bezirk den größten Bedarf sieht.

Mehr bezirkliche Entscheidungsspielräume brauchen wir insbesondere bei:

- Schulen und öffentlichen Gebäuden,
- bezirklichen Straßen, Wegen und Plätzen,
- Grünanlagen, Spielplätzen und Sportflächen,
- örtlichen Verkehrslösungen,
- Wohnungsbau und Ortsteilentwicklung,
- Bürgerämtern und bezirklichen Dienstleistungen,
- Kultur, Vereinen und lokalen Gewerbestandorten.

12. Befugnisse, Geld und Verantwortung gehören zusammen

Wer eine Aufgabe übernehmen soll, muss über die nötigen Befugnisse, das Personal und die finanziellen Mittel verfügen.

Der Senat darf Aufgaben nicht nach unten verlagern, ohne ihre Finanzierung zu sichern. Die Bezirke brauchen verlässliche Budgets, langfristige Investitionsmöglichkeiten und mehr Freiheit bei der Verwendung ihrer Mittel.

Wer entscheiden darf, muss sich an den Ergebnissen messen lassen. Wer nicht entscheiden darf, darf für das Scheitern nicht als alleiniger Verantwortlicher dargestellt werden.

13. Bezirksverordnetenversammlungen wirksam machen

Die Bezirksverordnetenversammlung bestimmt die Grundlinien der bezirklichen Verwaltungspolitik, kontrolliert das Bezirksamt und besitzt in einzelnen Bereichen eigene Entscheidungsrechte. Viele Beschlüsse bleiben jedoch Ersuchen oder Empfehlungen, deren Umsetzung sich lange verzögert oder ausbleibt.

Anfragen und Ausschüsse sind wichtige Kontrollinstrumente. Sie lösen ein Problem aber noch nicht. Deshalb wollen wir:

- verbindliche Fristen für die Bearbeitung und Beantwortung von Ersuchen,
- konkrete Angaben dazu, welche Maßnahmen bis wann umgesetzt werden,
- regelmäßige öffentliche Berichte bei länger dauernden Vorhaben,
- nachvollziehbare rechtliche, finanzielle oder tatsächliche Gründe, wenn einem Ersuchen nicht oder nur teilweise gefolgt wird,
- eine rechtssichere und praktisch nutzbare Ausgestaltung der bereits bestehenden Entscheidungsrechte der BVV,
- ein klares und fristgebundenes Verfahren bei Streit über Zuständigkeit oder Umsetzung.

Die BVV darf weder ein machtloser Debattierclub sein noch selbst zur ausführenden Verwaltung werden. Sie muss wirksam kontrollieren und politische Prioritäten für den Bezirk setzen können.

14. Klare Zuständigkeiten für die Bürger

Für Bürger muss eindeutig erkennbar sein, welche Stelle für ein Problem oder Vorhaben verantwortlich ist.

Bei größeren öffentlichen Projekten muss nachvollziehbar sein:

- wer entscheidet,

- wer das Budget verwaltet,
- wer die Umsetzung verantwortet,
- wann Ergebnisse vorliegen sollen,
- an wen sich Bürger bei Verzögerungen wenden können.

Wo mehrere Behörden beteiligt sind, muss eine Stelle die Federführung übernehmen. Bürger dürfen nicht länger zwischen Senat, Bezirk, Landesamt und landeseigenem Betrieb hin- und hergeschickt werden.

15. Handlungsfähige Bezirke statt Außenstellen des Senats

Unser Ziel ist nicht die Abschaffung der Bezirke, sondern ihre Stärkung.

Berlin braucht keine zwölf machtlosen Außenstellen des Senats. Berlin braucht handlungsfähige Bezirke, die eigene Schwerpunkte setzen, ihre unterschiedlichen Interessen vertreten und für ihre Entscheidungen Verantwortung übernehmen.

Sollte das Land den Bezirken dauerhaft keine echten Befugnisse geben wollen, muss allerdings auch die Existenz einer weitgehend machtlosen politischen Bezirksebene offen hinterfragt werden.

IV. Mobilität und Infrastruktur

16. Mobilität statt Stillstand

Berlin braucht funktionierende Straßen, Brücken, Schienenwege und Verkehrsverbindungen.

Jahrelange Sperrungen, verschleppte Sanierungen und eine Infrastruktur, die erst repariert wird, wenn sie bereits ausfällt, sind nicht hinnehmbar. Brücken, Tunnel und wichtige Verkehrsachsen müssen regelmäßig geprüft und rechtzeitig instand gesetzt werden. Der Sanierungsbedarf ist transparent darzustellen und nach nachvollziehbaren Kriterien abzuarbeiten.

17. Alle Baustellen auf den Prüfstand

Berlin braucht ein neues Baustellenmanagement. Zu viele Verkehrswege werden gleichzeitig eingeschränkt, Projekte ziehen sich über Jahre hin und bereits bearbeitete Flächen werden kurze Zeit später erneut geöffnet.

Alle laufenden verkehrsrelevanten Baustellen sollen überprüft werden. Für jedes Vorhaben muss öffentlich erkennbar sein:

- wer für Planung, Ausführung und Kontrolle verantwortlich ist,
- welche Arbeiten durchgeführt werden,
- wann die Baustelle abgeschlossen sein soll,
- wie hoch die geplanten und bisherigen Kosten sind,
- weshalb sich ein Projekt verzögert,
- ob Vertragsstrafen, Gewährleistungs- oder Regressansprüche bestehen,
- warum die jeweilige Sperrung erforderlich ist.

Die Zahl gleichzeitig verkehrsbehindernder Baustellen soll durch Bündelung und zeitliche Staffelung deutlich sinken. Unser Ziel ist, sie perspektivisch auf etwa ein Viertel des heutigen Umfangs zu reduzieren, ohne notwendige Sanierungen aufzuschieben.

18. Eine Baustelle – ein Gesamtprojekt

Arbeiten verschiedener Unternehmen und Versorgungsträger an derselben Stelle müssen gemeinsam geplant werden.

Bevor eine Straße, ein Gehweg oder ein Gleisbereich geöffnet wird, ist verbindlich zu prüfen, welche weiteren Arbeiten dort in den kommenden Jahren vorgesehen sind. Wasserbetriebe, Energie- und

Telekommunikationsunternehmen, Verkehrsbetriebe und Straßenbau müssen ihre Maßnahmen frühzeitig abstimmen.

Mehrere Beteiligte an einem Ort bilden ein Gesamtprojekt mit:

- einer federführenden Projektleitung,
- einem gemeinsamen Bauzeitenplan,
- abgestimmten Arbeitsabschnitten,
- einer gemeinsamen Verkehrsführung,
- einem verbindlichen Fertigstellungstermin,
- einer vollständigen Wiederherstellung der Verkehrsfläche.

Nach Abschluss der Arbeiten muss an dieser Stelle für viele Jahre Ruhe sein.

19. Verkehrsfluss und Sicherheit gewährleisten

Vor Beginn einer verkehrsrelevanten Baustelle müssen Alternativen bei Planung, Bauweise und zeitlicher Umsetzung geprüft werden. Der verbleibende Verkehr muss sicher und leistungsfähig umgeleitet werden können.

Mehrere Nadelöhre oder wichtige Ausweichstrecken dürfen nicht gleichzeitig gesperrt werden, wenn dadurch ganze Stadtteile kaum noch erreichbar sind. Zu berücksichtigen sind öffentlicher Nahverkehr, Kraftfahrzeug- und Wirtschaftsverkehr, Einsatzfahrzeuge, Radfahrer, Fußgänger, Menschen mit Behinderungen, Anwohner und örtliche Unternehmen.

Besondere Aufmerksamkeit brauchen provisorische Rad- und Fußwege. Plötzlich endende Wege, unübersichtliche Querungen und unzureichende Absperrungen sind nicht hinnehmbar. Baustellen müssen während ihrer gesamten Dauer regelmäßig kontrolliert werden. Für jede Baustelle muss klar sein, wer für die Verkehrssicherheit verantwortlich ist und wie Mängel gemeldet werden können.

20. Verbindliche Termine, Kontrollen und Sanktionen

Für jedes größere Bauvorhaben müssen realistische Zeit- und Kostenpläne gelten. Verzögerungen und mangelhafte Leistungen dürfen nicht folgenlos bleiben.

Wir fordern:

- benannte Verantwortliche für jedes größere Projekt,
- regelmäßige Kontrollen von Baufortschritt und Verkehrssicherheit,
- öffentlich einsehbare Fertigstellungstermine und Kostenstände,
- frühzeitige Hinweise auf drohende Verzögerungen,
- nachvollziehbare Begründungen für Zeit- und Kostenüberschreitungen,
- konsequente Gewährleistungs- und Regressforderungen,
- rechtssichere Vertragsstrafen bei schuldhaften Verzögerungen,
- den vergaberechtlich möglichen Ausschluss dauerhaft unzuverlässiger Unternehmen.

Sanktionen müssen bereits in den Verträgen so vereinbart werden, dass sie später tatsächlich durchgesetzt werden können.

21. Schnelle Reparaturen statt monatelanger Absperrungen

Kleinere Straßenschäden dürfen nicht zu Dauerbaustellen werden, weil lediglich Warnbaken aufgestellt werden und anschließend monatelang nichts geschieht.

Schlaglöcher, Risse, abgesackte Gehwegplatten und andere Gefahrenstellen müssen schnell erfasst, gesichert und repariert werden. Dafür brauchen Land und Bezirke:

- mobile Reparaturteams für kurzfristige Einsätze,
- Material und Geräte für Sofortmaßnahmen,
- mehrjährige Rahmenverträge mit qualifizierten Unternehmen,

- feste Reaktionsfristen nach Gefahrenstufe,
- eine zentrale digitale Erfassung gemeldeter Schäden,
- einen nachvollziehbaren Bearbeitungsstand bis zur Reparatur.

Akute Gefahrenstellen müssen unverzüglich gesichert und schnellstmöglich beseitigt werden. Reines Absperren ist keine dauerhafte Lösung.

22. Langfristig wirtschaftlich statt kurzfristig billig

Berlin kann es sich nicht leisten, Straßen, Gehwege und Gleisanlagen nach kurzer Zeit erneut sanieren zu müssen.

Bei Ausschreibungen darf nicht allein der niedrigste Herstellungspreis entscheiden. Bauqualität, Haltbarkeit, Lebenszykluskosten, spätere Reparaturen und die Belastung für Anwohner, Gewerbe und Verkehr müssen einbezogen werden.

Dazu gehören:

- verbindliche Qualitäts- und Haltbarkeitsanforderungen,
- eine Bewertung der Kosten über die gesamte Nutzungsdauer,
- klare Gewährleistungs- und Haftungsregeln bei vorzeitigen Schäden,
- konsequente Regressforderungen bei mangelhafter Ausführung,
- eine vollständige Wiederherstellung aller betroffenen Verkehrsflächen,
- eine öffentliche Begründung, wenn ein kürzlich sanierter Bereich erneut geöffnet werden muss.

Einmal richtig bauen ist günstiger als mehrfach billig nachzubessern.

23. Verkehrspolitik für alle

Berlin braucht eine Verkehrspolitik, die Menschen nicht gegeneinander ausspielt.

Auto, öffentlicher Nahverkehr, Fahrrad, Fußverkehr, Taxi, Carsharing, Lieferverkehr und neue Mobilitätsangebote haben jeweils ihre Berechtigung. Welche Verkehrsform sinnvoll ist, hängt von Wohnort, Beruf, Alter, Gesundheit, Familie und persönlicher Lebenssituation ab. Menschen in den Außenbezirken haben andere Bedürfnisse als Bewohner der Innenstadt.

Wir lehnen eine Politik ab, die Verkehrsmittel aus ideologischen Gründen bevorzugt oder verdrängt.

24. Keine pauschale Verdrängung des Autos

Das Auto bleibt für viele Berliner unverzichtbar – besonders für Familien, Menschen mit körperlichen Einschränkungen, Schichtarbeiter, Handwerker, Pflegedienste, Gewerbetreibende und Bewohner schlecht angebundener Ortsteile.

Wir lehnen künstliche Verkehrsbehinderungen, den wahllosen Wegfall von Parkplätzen und pauschale Fahrverbote ab. Verkehrsberuhigung kann örtlich sinnvoll sein, muss aber mit den Anwohnern abgestimmt werden und darf Probleme nicht lediglich in benachbarte Straßen verlagern.

25. Öffentlichen Nahverkehr alltagstauglich machen

Der öffentliche Nahverkehr muss zuverlässig, sicher, sauber und bezahlbar sein. Wer außerhalb des S-Bahn-Rings lebt oder nachts, früh morgens beziehungsweise im Schichtbetrieb arbeitet, braucht verlässliche Verbindungen.

Wir wollen:

- dichtere Takte auf stark genutzten Strecken,
- bessere Querverbindungen zwischen den Außenbezirken,
- sichere und saubere Bahnhöfe,
- verlässliche Anschlüsse,
- barrierefreie Haltestellen,

- verständliche Informationen bei Störungen,
- mehr Kapazität auf überlasteten Linien.

Der ÖPNV wird durch ein gutes Angebot attraktiv, nicht durch die Verschlechterung anderer Verkehrsarten.

26. Park-and-Ride und gute Umstiegsmöglichkeiten

Am Stadtrand und an wichtigen Bahnhöfen brauchen wir ausreichend Park-and-Ride-Plätze, sichere Fahrradabstellanlagen und kurze Umsteigewege.

Menschen aus den Außenbezirken und dem Berliner Umland sollen ihr Auto sinnvoll abstellen und mit Bahn oder Bus weiterfahren können. P+R-Anlagen dürfen nicht erst geplant werden, wenn die umliegenden Wohnstraßen bereits zugeparkt sind.

V. Sicherheit, Ordnung und Gefahrenabwehr

27. Sicherheit ist eine staatliche Kernaufgabe

Alle Menschen müssen sich in Berlin frei und sicher bewegen können – unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft oder Wohnort.

Angsträume, offene Drogenszenen, Gewalt, Belästigungen und wiederholte Regelverstöße dürfen nicht verharmlost werden. Wir fordern eine sichtbare Präsenz von Polizei und Ordnungsämtern, schnellere Reaktionen an bekannten Brennpunkten und eine bessere Zusammenarbeit der zuständigen Behörden.

Prävention ist unverzichtbar. Sie ersetzt aber nicht die konsequente Durchsetzung geltender Regeln.

28. Schutz von Polizei, Feuerwehr und Rettungskräften

Wer Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienste oder Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes angreift, greift diejenigen an, die für die Allgemeinheit handeln.

Einsatzkräfte brauchen politischen Rückhalt, rechtlichen Schutz und gute Arbeitsbedingungen. Gewalt und Behinderungen bei Einsätzen müssen konsequent verfolgt werden. Zugleich erwarten wir von staatlichen Institutionen professionelles, verhältnismäßiges und rechtmäßiges Handeln.

29. Feuerwehr und Rettungsdienste modern ausstatten

Feuerwehr und Rettungsdienste können ihre Aufgaben nur erfüllen, wenn Personal, Fahrzeuge, Technik und Gebäude den tatsächlichen Anforderungen entsprechen.

Gerade in den Außenbezirken sind Wachen teilweise zu klein, veraltet oder sanierungsbedürftig. Neue Fahrzeuge allein reichen nicht, wenn Stellplätze fehlen oder Sozial-, Ruhe- und Arbeitsräume den heutigen Anforderungen nicht entsprechen.

Wir fordern:

- eine berlinweite Bestandsaufnahme aller Feuer- und Rettungswachen,
- einen verbindlichen Sanierungs- und Neubauplan,
- geeignete Gebäude für moderne Fahrzeuge und Einsatztechnik,
- eine vorausschauende Erneuerung des Fahrzeug- und Gerätebestands,
- besondere Aufmerksamkeit für wachsende und schlechter versorgte Außenbezirke,
- ausreichende Reserven für technische Ausfälle und besondere Einsatzlagen,
- transparente Prioritäten und Zeitpläne.

Investitionen in Feuerwehr und Rettungsdienste sind Investitionen in die Sicherheit der Bürger.

30. Notruf muss jederzeit erreichbar sein

Wer in einer akuten Gefahrensituation Polizei, Feuerwehr oder Rettungsdienst ruft, muss unverzüglich Hilfe erreichen können. Besetzte Leitungen, minutenlanges Warten oder unbeantwortete Notrufe sind nicht hinnehmbar.

Berlin braucht:

- eine durchgehend ausreichende Besetzung der Leitstellen,
- technische Reserven und Ausweichsysteme bei hoher Auslastung,
- eine Weiterleitung an freie Leitstellen, wenn ein Anruf nicht rechtzeitig angenommen werden kann,
- regelmäßig überprüfte Notfall- und Überlastungskonzepte,
- eine bessere Personalplanung für vorhersehbare Belastungsspitzen,
- eine transparente Erfassung der Annahmezeiten,
- konsequentes Vorgehen gegen vorsätzlichen Notrufmissbrauch,
- einen verlässlichen Rückruf bei abgebrochenen Notrufen, soweit dies möglich ist.

Auch andere dringende Krisen-, Bereitschafts- und Störungsdienste müssen tatsächlich erreichbar sein. Bei akuter Gefahr zählt jede Minute.

31. Ordnung und Sicherheit im öffentlichen Raum

Verwahrloste, beschädigte und unübersichtliche öffentliche Räume beeinträchtigen das Sicherheitsgefühl und begünstigen weitere Regelverstöße.

Wir wollen:

- bekannte Angsträume und Gefahrenstellen schneller beseitigen,
- beschädigte Beleuchtung, Absperrungen und öffentliche Anlagen zügig reparieren,
- Ordnungsämter an besonders belasteten Orten gezielt einsetzen,
- klare Zuständigkeiten für die Meldung und Beseitigung von Gefahrenstellen,
- eine bessere Zusammenarbeit von Bezirken, Polizei, Verkehrsbetrieben und weiteren zuständigen Stellen.

Öffentliche Räume müssen sicher, übersichtlich und nutzbar sein.

VI. Kita, Bildung, Jugend und Familie

32. Bildung statt Ideologie

Schule muss Wissen, Fähigkeiten, Selbstvertrauen und eigenständiges Denken vermitteln.

Unterricht darf nicht für parteipolitische oder weltanschauliche Beeinflussung genutzt werden. Unterschiedliche gesellschaftliche und politische Positionen sind ausgewogen darzustellen. Wir stehen zum Beutelsbacher Konsens: Schüler dürfen nicht überwältigt werden, und kontroverse Themen müssen auch im Unterricht kontrovers erscheinen.

Schule soll jungen Menschen nicht vorschreiben, was sie denken sollen. Sie soll sie befähigen, selbstständig zu urteilen.

33. Wohnortnahe und verlässliche Kitaplätze

Familien brauchen einen Kitaplatz, der zu ihrem Alltag passt. Ein formaler Anspruch hilft wenig, wenn der angebotene Platz weit entfernt liegt oder die benötigten Betreuungszeiten nicht abdeckt.

Berlin muss Kitaplätze vorausschauend und wohnortnah planen. Neue Wohngebiete dürfen nicht entstehen, ohne den zusätzlichen Bedarf von Anfang an zu berücksichtigen.

Wir wollen:

- ausreichend Kitaplätze in allen Bezirksregionen,
- wohnortnahe Angebote mit alltagstauglichen Öffnungszeiten,
- eine frühzeitige Bedarfsplanung bei neuen Wohngebieten,
- schnellere Genehmigungen für neue und erweiterte Einrichtungen,
- verlässliche Vertretungs- und Personalkonzepte,
- bessere Bedingungen für kleine und freie Träger,
- transparente Informationen über tatsächlich verfügbare Plätze.

Ein Kitaplatz muss erreichbar, personell abgesichert und für die Familie praktisch nutzbar sein.

34. Kurze Beine, kurze Wege

Kinder sollen ihre Schule möglichst selbstständig, sicher und innerhalb einer zumutbaren Zeit erreichen können. Der tägliche Schulweg soll in der Regel nicht länger als 30 Minuten dauern. Ausnahmen können bei freiwillig gewählten Spezialangeboten oder besonderen Schulprofilen sinnvoll sein. Fehlende Schulplätze dürfen Kinder jedoch nicht zu täglichen Fahrten quer durch Berlin zwingen.

Dafür braucht es:

- ausreichend Schulplätze in allen Bezirken,
- eine kleinräumige und vorausschauende Schulentwicklungsplanung,
- den rechtzeitigen Bau neuer Schulen in wachsenden Ortsteilen,
- sichere Fuß- und Radwege,
- verlässliche öffentliche Verbindungen,
- transparente Einzugsbereiche und Aufnahmeverfahren.

Auch der Zustand der Schulen zählt. Marode Toiletten, gesperrte Sporthallen, unzureichende digitale Ausstattung und jahrelange Übergangslösungen dürfen nicht zum Normalzustand gehören. Schulbau und Sanierung müssen mit der Bevölkerungsentwicklung Schritt halten.

35. Bedarfsgerechte Schulformen erhalten

Nicht jedes Kind lernt auf dieselbe Weise, im gleichen Tempo oder mit den gleichen Zielen. Das ist kein Mangel, sondern menschliche Realität.

Berlin braucht eine vielfältige Schullandschaft. In jedem Bezirk müssen entsprechend dem Bedarf ausreichend Plätze an Gymnasien, integrierten Sekundarschulen, Gemeinschaftsschulen, Schulen mit besonderen Profilen und spezialisierten Förderangeboten vorhanden sein.

Eltern und Schüler brauchen eine echte Wahl. Eine einzige Schulform kann nicht allen Begabungen, Bedürfnissen und Bildungswegen gleichermaßen gerecht werden.

36. Inklusion darf niemanden benachteiligen

Kinder mit Behinderungen oder besonderem Förderbedarf haben ein Recht auf hochwertige Bildung, individuelle Unterstützung und gesellschaftliche Teilhabe.

Inklusion kann gelingen, wenn geeignete Räume, kleinere Lerngruppen und qualifiziertes Personal vorhanden sind. Sie scheitert, wenn ein Kind lediglich in eine Regelklasse aufgenommen und die gesamte Verantwortung einer Lehrkraft überlassen wird, die für den jeweiligen Förderbedarf weder ausgebildet noch ausreichend unterstützt ist.

Wir wollen:

- ein echtes Wahlrecht zwischen inklusiver Beschulung und spezialisierten Schulen,
- den Erhalt und die Modernisierung sonderpädagogischer Schulen,
- ausreichend Sonderpädagogen, Schulbegleiter, Therapeuten und weitere Fachkräfte,
- verbindliche Qualitätsstandards für inklusive Klassen,

- kleinere Lerngruppen bei hohem Unterstützungsbedarf,
- regelmäßige Überprüfungen, ob die gewählte Lernumgebung dem Kind gerecht wird.

Besondere Schulen und Lerngruppen sind keine Ausgrenzung, wenn sie Kindern eine bessere Förderung ermöglichen. Nicht alle Kinder sind gleich, und sie müssen es auch nicht sein.

37. Jedes Kind fördern – auch die Leistungsstarken

Schule muss Schwächen ausgleichen, darf sich aber nicht ausschließlich auf Probleme konzentrieren. Lesen, Schreiben und Rechnen gehören in den Mittelpunkt. Kein Kind darf die Schule verlassen, ohne diese Grundlagen sicher zu beherrschen.

Lehrkräfte müssen häufig einen großen Teil ihrer Zeit für wenige besonders betreuungsintensive Schüler aufbringen. Dadurch erhalten lernwillige und besonders begabte Kinder zu wenig Aufmerksamkeit.

Wir wollen:

- frühe Unterstützung bei Lernschwierigkeiten,
- gezielte Sprachförderung,
- Förderung besonderer Begabungen,
- zusätzliche Lern- und Vertiefungsangebote,
- leistungsdifferenzierte Kurse und Arbeitsgruppen,
- kleinere Gruppen bei hohem Unterstützungsbedarf,
- ausreichend Zeit für individuelle Rückmeldungen.

Leistung anzuerkennen und Begabungen zu fördern ist nicht ungerecht. Ungerecht wäre es, Entwicklungsmöglichkeiten ungenutzt zu lassen.

38. Brennpunktschulen gezielt unterstützen und kontrollieren

Schulen in besonders belasteten Gebieten stehen vor größeren Herausforderungen. Gewalt, Drogen, Sprachprobleme, familiäre Krisen und soziale Konflikte können Unterricht und Schulleben erheblich beeinträchtigen.

Diese Schulen brauchen mehr Unterstützung, aber auch klare Ziele und eine wirksame Kontrolle. Dazu gehören:

- mehr Schulsozialarbeiter, Psychologen und Sonderpädagogen,
- verlässliche multiprofessionelle Teams,
- kleinere Klassen und zusätzliche Förderangebote,
- verbindliche Gewalt- und Präventionskonzepte,
- eine enge Zusammenarbeit mit Jugendämtern, Polizei, Vereinen und Eltern,
- sichere Schulgebäude und kontrollierte Zugänge, wo dies erforderlich ist,
- regelmäßige Qualitätsprüfungen und konkrete Verbesserungspläne,
- zusätzliche Unterstützung für Schulleitungen.

Zusätzliche Mittel müssen dort ankommen, wo sie gebraucht werden, und ihre Wirkung muss überprüft werden.

39. Fachkräfte gewinnen, halten und Ausfälle auffangen

Gute Bildung hängt von den Menschen ab, die täglich in Schulen und Kitas arbeiten. Lehrkräfte, Erzieher, Sonderpädagogen, Schulpsychologen und Sozialarbeiter brauchen gute Arbeitsbedingungen und verlässliche Unterstützung.

Berlin benötigt:

- schnellere Einstellungsverfahren,
- Zulagen und Anreize für schwer zu besetzende Einrichtungen,

- mehr Ausbildungs- und Studienplätze,
- eine qualifizierte Begleitung von Quer- und Seiteneinsteigern,
- Entlastung von unnötiger Verwaltung und Dokumentation,
- bessere Gesundheitsvorsorge und Wiedereingliederung,
- verlässliche Entwicklungs- und Aufstiegsmöglichkeiten.

Langzeiterkrankungen dürfen nicht dazu führen, dass eine Stelle formal besetzt ist, praktisch aber über Monate niemand zur Verfügung steht. Zusätzliche Vertretungsstellen, regionale Personalreserven, gemeinsame Vertretungspools und befristete Ersatzbesetzungen müssen den Betrieb sichern, ohne erkrankte Beschäftigte unter Druck zu setzen.

40. Jugendclubs und Freizeitangebote in jedem Kiez

Kinder und Jugendliche brauchen Orte außerhalb von Schule und Elternhaus. Jugendclubs, Sportvereine, Arbeitsgemeinschaften, Musikangebote und Werkstätten geben Halt, fördern Interessen und schaffen Gemeinschaft.

Solche Angebote sind zugleich wirksame Prävention gegen Drogen, Gewalt, Kriminalität und Perspektivlosigkeit. Berlin braucht:

- erreichbare Jugendclubs in allen größeren Wohngebieten,
- verlässliche und jugendgerechte Öffnungszeiten,
- ausreichend pädagogisches Fachpersonal,
- Sport-, Musik-, Technik-, Medien-, Kunst- und Handwerksangebote,
- Arbeitsgemeinschaften an Schulen auch am Nachmittag,
- Kooperationen zwischen Schulen, Vereinen und Jugendfreizeiteinrichtungen,
- Ferien- und Wochenendangebote,
- sichere Rückzugsräume,
- eine echte Beteiligung Jugendlicher an Programm und Gestaltung.

Eltern, Vereine und engagierte Bürger können Angebote ergänzen, Projekte übernehmen und Wissen weitergeben. Ehrenamt darf jedoch kein Ersatz für pädagogisches Fachpersonal sein. Es braucht klare Verantwortlichkeiten, Versicherungsschutz und einfache Möglichkeiten zum Mitmachen.

41. Familien stärken und entlasten

Familien tragen Verantwortung für Kinder und halten unsere Gesellschaft zusammen. Berlin muss ihren Alltag erleichtern, statt ihn durch komplizierte Verfahren, fehlende Angebote und unzuverlässige Betreuung zusätzlich zu belasten.

Dazu gehören:

- verlässliche und wohnortnahe Betreuung,
- familienfreundliche Öffnungszeiten von Kitas, Behörden und öffentlichen Einrichtungen,
- gepflegte Spielplätze und sichere Wege,
- bezahlbare Sport-, Kultur- und Freizeitangebote,
- unkomplizierte Hilfe in schwierigen Lebenslagen,
- Beratung aus einer Hand,
- ausreichend große und bezahlbare Wohnungen,
- eine stärkere Berücksichtigung von Familien bei Stadt- und Verkehrsplanung.

Politik darf Familien kein bestimmtes Lebensmodell vorschreiben. Maßstab sind das Wohl der Kinder, gegenseitige Verantwortung und verlässliche Fürsorge.

VII. Wohnen und Stadtentwicklung

42. Bezahlbares Wohnen ermöglichen

Berlin braucht mehr bezahlbaren Wohnraum. Reine Verbote und immer neue Regulierung schaffen jedoch keine zusätzlichen Wohnungen.

Wir wollen schneller bauen, Leerstand aktivieren und bestehende Gebäude sinnvoll nutzen.

Genehmigungsverfahren müssen kürzer werden, und Bauvorschriften gehören regelmäßig auf ihre tatsächliche Notwendigkeit geprüft.

Öffentliche Wohnungsunternehmen haben eine besondere Verantwortung. Sie sollen bezahlbaren Wohnraum schaffen, ihre Bestände pflegen und wirtschaftlich vernünftig handeln.

43. Neubau mit Infrastruktur verbinden

Neue Wohngebiete dürfen nicht entstehen, ohne gleichzeitig Schulen, Kitas, Straßen, ÖPNV, Arztpraxen, Einkaufsmöglichkeiten und Grünflächen zu planen.

Wer Tausende Wohnungen errichtet, ohne die notwendige Infrastruktur zu schaffen, produziert die Probleme von morgen. Stadtentwicklung muss gemeinsam mit den Menschen vor Ort erfolgen. Anwohnerinteressen sind kein lästiges Hindernis, sondern Teil einer tragfähigen Planung.

44. Gewachsene Kieze erhalten

Berlin lebt von seinen unterschiedlichen Stadtteilen, historischen Ortskernen und gewachsenen Nachbarschaften.

Verdichtung kann sinnvoll sein, muss aber mit Augenmaß erfolgen. Grünflächen, Innenhöfe, historische Gebäude und die Eigenart der Kieze dürfen nicht ohne Not verloren gehen. Entwicklung soll möglich sein, ohne den Charakter ganzer Stadtteile zu zerstören.

45. Eigentum ermöglichen und schützen

Eigentum schafft Unabhängigkeit und kann der Altersvorsorge dienen. Menschen, die eine Wohnung oder ein Haus erwerben wollen, dürfen nicht durch ständig steigende Nebenkosten und unnötige Vorschriften entmutigt werden.

Kleine private Vermieter sind nicht mit internationalen Immobilienkonzernen gleichzusetzen. Mieter müssen vor Missbrauch geschützt werden. Gleichzeitig brauchen Vermieter verlässliche Regeln und die Möglichkeit, notwendige Investitionen zu finanzieren.

VIII. Wirtschaft, Arbeit und Mittelstand

46. Berlin muss wirtschaftsfreundlicher werden

Unternehmen schaffen Arbeitsplätze, finanzieren öffentliche Leistungen und sorgen für Innovation. Berlin darf Selbstständige, Handwerker, Händler, Gastronomen und kleine Betriebe nicht ständig mit neuen Auflagen belasten.

Wir wollen:

- schnellere Genehmigungen,
- zentrale Ansprechpartner,
- weniger Bürokratie,
- digitale Verwaltungsverfahren,
- verlässliche Entscheidungen,
- besser erreichbare Wirtschaftsämter,
- Unterstützung bei Ansiedlung und Erweiterung.

Wirtschaftspolitik darf sich nicht nur auf große Konzerne und öffentlichkeitswirksame Start-ups konzentrieren. Kleine und mittlere Unternehmen sind das Rückgrat der Stadt.

47. Lokale Zentren und Einkaufsstraßen stärken

Leerstände, verödete Einkaufsstraßen und der Verlust kleiner Geschäfte schwächen ganze Stadtteile.

Wir wollen lokale Gewerbezentren stärken, Zwischennutzungen erleichtern und bürokratische Hindernisse abbauen. Wenn Baustellen, Verkehrsänderungen oder öffentliche Maßnahmen Unternehmen erheblich beeinträchtigen, muss die Stadt frühzeitig informieren und geeignete Unterstützung anbieten.

48. Arbeit muss sich lohnen

Wer arbeitet und Verantwortung übernimmt, muss davon leben können.

Bezahlbare Wohnungen, verlässliche Kinderbetreuung und ein funktionierender Nahverkehr sind auch wirtschaftspolitische Voraussetzungen. Soziale Unterstützung muss Menschen in Not zuverlässig helfen und zugleich den Weg in ein eigenständiges Leben offenhalten, soweit dies möglich ist.

IX. Zusammenleben und soziale Verantwortung

49. Gemeinsame Regeln für alle

Berlin ist eine vielfältige Stadt. Unterschiedliche Herkunft, Religionen und Lebensweisen gehören zu ihrer Realität.

Ein friedliches Zusammenleben setzt gemeinsame Regeln voraus. Grundgesetz, Gleichberechtigung, persönliche Freiheit und geltendes Recht stehen über kulturellen oder religiösen Vorstellungen. Wer in Berlin lebt, gehört zu unserer Stadt. Von allen erwarten wir Respekt gegenüber Mitmenschen und den Regeln unseres Gemeinwesens.

50. Integration durch Sprache, Bildung und Arbeit

Integration gelingt vor allem durch deutsche Sprachkenntnisse, Bildung, Arbeit und persönliche Begegnung.

Wir unterstützen Menschen, die sich einbringen und Teil der Gesellschaft werden möchten. Integrationsangebote müssen zugleich verbindlich sein. Dauerhafte Parallelgesellschaften, religiöser Extremismus und die Missachtung demokratischer Grundwerte dürfen nicht hingenommen werden.

51. Hilfe, die tatsächlich ankommt

Eine solidarische Stadt lässt Menschen in Krankheit, Armut, Behinderung oder persönlichen Krisen nicht allein.

Unterstützung muss erreichbar, verständlich und wirksam sein. Statt immer neuer Programme brauchen wir eine bessere Zusammenarbeit der vorhandenen Hilfsangebote und klare Ansprechpartner. Sozialpolitik soll konkret helfen und Menschen nicht dauerhaft in Abhängigkeit halten.

52. Obdachlosigkeit nicht verwalten, sondern bekämpfen

Obdachlosigkeit ist ein sichtbares Zeichen sozialen und politischen Versagens.

Berlin braucht mehr niedrigschwellige Hilfen, Unterbringungsmöglichkeiten, medizinische Versorgung und Unterstützung bei psychischen Erkrankungen und Suchtproblemen. Zugleich dürfen öffentliche

Plätze und Bahnhöfe nicht dauerhaft zu unkontrollierten Wohn- und Drogenräumen werden. Hilfe und Ordnung gehören zusammen.

X. Umwelt, Natur und Lebensqualität

53. Natur schützen – ohne Symbolpolitik

Berlin braucht saubere Luft, gesunde Wälder, gepflegte Parks und geschützte Gewässer.

Umweltpolitik muss sich an messbaren Ergebnissen orientieren. Wir setzen auf technischen Fortschritt, vernünftige Anreize, sparsamen Ressourceneinsatz und langlebige Infrastruktur. Maßnahmen, die hohe Kosten verursachen, den Alltag erheblich erschweren und kaum Wirkung zeigen, müssen überprüft werden.

54. Wälder, Parks und Gewässer bewahren

Berlins Wälder, Seen, Flüsse und Grünflächen sind unverzichtbare Erholungsräume.

Sie müssen geschützt, gepflegt und zugleich verantwortungsvoll nutzbar bleiben. Naturschutz darf nicht dazu führen, dass Wege, Badestellen und Grünanlagen verfallen. Wassersport, Baden, Wandern, Radfahren und Erholung gehören zur Lebensqualität Berlins. Nutzung und Schutz müssen miteinander vereinbar sein.

55. Klimaanpassung praktisch gestalten

Berlin muss sich auf Hitze, Trockenheit und Starkregen vorbereiten.

Dazu gehören mehr Schatten, widerstandsfähige Bäume, funktionierende Entwässerung, entsiegelte und begrünte Flächen sowie der Schutz bestehender Vegetation. Klimaanpassung zeigt sich in konkreten Maßnahmen vor Ort, nicht in politischen Schlagworten.

56. Sauberkeit ist eine öffentliche Kernaufgabe

Saubere Straßen, Plätze, Parks, Bahnhöfe und Grünanlagen prägen die Lebensqualität einer Stadt. Illegale Müllablagerungen, überfüllte Abfallbehälter und wochenlang herumliegender Sperrmüll dürfen nicht zum normalen Stadtbild gehören.

Wir wollen:

- verbindliche Reaktionsfristen für illegale Ablagerungen,
- klare Zuständigkeiten unabhängig davon, wem eine öffentliche Fläche gehört,
- bedarfsgerechte Leerungen und mehr Abfallbehälter an stark genutzten Orten,
- einfache Meldungen mit nachvollziehbarem Bearbeitungsstand,
- mehr mobile und wohnortnahe Entsorgungsangebote,
- regelmäßige Sperrmüll- und BSR-Kieztage,
- empfindliche Konsequenzen bei vorsätzlicher illegaler Entsorgung.

Ordnungsgemäße Entsorgung muss einfach sein. Wer seinen Müll vorsätzlich auf Straßen, in Parks oder Wäldern ablädt, muss mit klaren Sanktionen rechnen.

57. Wiederverwendung und Reparatur erleichtern

Nicht alles, was nicht mehr benötigt wird, ist Abfall. Möbel, Elektrogeräte, Haushaltsgegenstände und Baumaterialien können oft weitergegeben, repariert oder erneut genutzt werden.

Berlin soll Entsorgung, Wiederverwendung und Reparatur besser miteinander verbinden. Zu Recyclinghöfen und mobilen Sammelstellen gehören deshalb auch Tausch-, Reparatur- und Wiederverwendungsangebote. Nachhaltigkeit entsteht durch praktische Möglichkeiten, nicht durch moralische Belehrung.

58. Öffentliche Räume zum Leben

Plätze, Parks, Ufer, Spiel- und Sportflächen sollen sauber, gepflegt, sicher und tatsächlich nutzbar sein.

Berlin braucht Aufenthaltsorte, an denen Menschen sich begegnen können, ohne etwas kaufen zu müssen. Dazu gehören Sitzmöglichkeiten, Schatten, öffentliche Toiletten, Trinkbrunnen, gepflegte Grünflächen und barrierefreie Wege. Lebensqualität zeigt sich dort, wo Menschen sich gern in ihrem Stadtteil aufhalten.

XI. Kultur, Freizeit, Tourismus und Nachtleben

59. Berlins kulturelle Vielfalt erhalten

Berlin lebt von Theatern, Museen, Musik, Clubs, Kinos, freien Künstlern, historischen Orten, Stadteilkultur und lokalen Projekten. Diese Vielfalt prägt die Identität der Stadt und ist zugleich ein wichtiger Wirtschafts- und Standortfaktor.

Öffentliche Kulturförderung muss transparent, ausgewogen und nachvollziehbar sein. Förderentscheidungen sollen sich an kultureller Qualität, gesellschaftlicher Bedeutung, Vielfalt und tatsächlichem Bedarf orientieren. Sie dürfen nicht einseitig bestimmten politischen oder weltanschaulichen Strömungen zugutekommen.

Neben großen Einrichtungen brauchen auch kleine Bühnen, private Kulturorte, freie Künstler, lokale Veranstalter und ehrenamtliche Projekte faire Chancen. Die Geschichte, Traditionen und Eigenarten der Bezirke – von Heimatmuseen bis zu Volksfesten – gehören ebenso zur Berliner Kultur wie die großen Häuser in der Innenstadt.

60. Berlin als Freizeit- und Erlebnisstadt

Berlin soll nicht nur für Besucher attraktiv sein. Auch die Berliner selbst sollen ihre Freizeit gern in der eigenen Stadt verbringen.

Wir wollen mehr bezahlbare und familienfreundliche Freizeitangebote: Freizeit- und Erlebnisparks, Wasser- und Abenteuerangebote, interaktive Ausstellungen, Veranstaltungsflächen und größere Freiluftangebote. Wer einen besonderen Tag oder ein Wochenende erleben möchte, soll dafür nicht regelmäßig Berlin verlassen müssen.

Das Land soll geeignete Flächen ausweisen, Genehmigungen beschleunigen und private Investitionen ermöglichen. Wo ein klarer öffentlicher Nutzen besteht, kann eine gezielte Unterstützung sinnvoll sein.

61. Freizeitbäder und große Familienangebote schaffen

Eine Stadt mit fast vier Millionen Einwohnern braucht mehr als Sport- und Schulschwimmen. Berlin fehlen moderne Spaß- und Erlebnisbäder sowie größere ganzjährig nutzbare Familienangebote.

Die Geschichte von Blub und SEZ zeigt, wie leicht prägende Freizeitorte verloren gehen können. Solche Einrichtungen dürfen nicht ersatzlos verschwinden. Wo ein Erhalt nicht möglich ist, muss frühzeitig für einen gleichwertigen Ersatz gesorgt werden.

Berlin braucht eine langfristige Freizeitstrategie: Welche Bäder, Parks, Erlebnisorte und Familienangebote werden benötigt, wo können sie entstehen und wie lassen sie sich wirtschaftlich betreiben?

62. Der Spreepark muss mehr bieten

Der Spreepark besitzt für viele Berliner eine besondere Bedeutung. Das derzeitige Konzept kann ein attraktiver Kultur- und Landschaftspark werden, ersetzt aber keinen vollwertigen Vergnügungspark.

Der Standort soll zügig, transparent und mit klaren Fertigstellungsschritten entwickelt werden. Historische Elemente, Fahrgeschäfte, Natur, Kunst, Gastronomie und Veranstaltungen müssen zu einem lebendigen und bezahlbaren Angebot verbunden werden.

Darüber hinaus braucht Berlin mindestens einen echten Freizeit- und Erlebnispark mit einer größeren Auswahl an Fahrgeschäften und ganzjährig nutzbaren Angeboten. Der Spreepark darf nicht das einzige große Freizeitprojekt der Stadt bleiben.

63. Nachtleben, Konzerte und Veranstaltungen stärken

Clubs, Konzerte, Festivals und das Nachtleben gehören zu Berlin. Sie schaffen Arbeitsplätze, ziehen Besucher an und prägen das internationale Bild der Stadt.

Veranstaltungsorte geraten durch steigende Kosten, Nutzungskonflikte, komplizierte Genehmigungen und unsichere Mietverhältnisse unter Druck. Wir wollen:

- schnellere und verlässlichere Genehmigungen,
- feste Ansprechpartner für Veranstalter,
- langfristig gesicherte Kultur- und Veranstaltungsstandorte,
- praktikable Lösungen für Lärm- und Nachbarschaftskonflikte,
- Unterstützung bei notwendigen Schallschutzmaßnahmen,
- bessere nächtliche Verkehrsverbindungen,
- geeignete Flächen für Konzerte, Festivals und Freiluftveranstaltungen.

Wer neue Wohnungen an bestehende Kulturorte heranplant, muss den Lärmschutz von Anfang an berücksichtigen. Langjährig bestehende Einrichtungen dürfen nicht automatisch verdrängt werden.

64. Messen, Kongresse und große Ereignisse zurückgewinnen

Berlin muss wieder stärker um Messen, Kongresse, Ausstellungen, Sportereignisse und internationale Veranstaltungen werben.

Davon profitieren Hotels, Gastronomie, Einzelhandel, Verkehr, Kultur und zahlreiche Dienstleister. Nötig sind moderne Veranstaltungsorte, verlässliche Genehmigungen, gute Verkehrsverbindungen und eine professionelle Zusammenarbeit zwischen Land, Bezirken, Messe, Veranstaltern und Tourismuswirtschaft.

Auch die Außenbezirke sollen stärker von Veranstaltungen und touristischen Angeboten profitieren.

65. Kultur und Freizeit bezahlbar halten

Wenn die Lebenshaltungskosten steigen, werden Kultur, Freizeit und gemeinsame Erlebnisse häufig zuerst eingespart. Eine lebenswerte Stadt darf sich nicht darauf beschränken, dass Menschen nur noch wohnen und arbeiten.

Berlin soll deshalb gezielt bezahlbare Angebote ermöglichen:

- vergünstigte Familien- und Sozialtarife,
- eintrittsfreie oder preisreduzierte Tage,
- bezahlbare Ferienangebote für Kinder,
- öffentliche Stadtteil-, Kultur- und Musikveranstaltungen,
- eine übersichtliche Bündelung bestehender Ermäßigungen,
- zeitlich begrenzte Unterstützung besonders gefährdeter Kulturorte.

Öffentliche Förderung darf nicht jedes unwirtschaftliche Angebot dauerhaft erhalten. Sie ist dort gerechtfertigt, wo kultureller Wert, gesellschaftlicher Nutzen oder eine besondere Bedeutung für Berlin bestehen.

66. Große Kulturprojekte endlich abschließen

Jahrzehntelange Bauarbeiten an zentralen Kulturorten beschädigen Berlins Ansehen, schränken Angebote ein und verursachen hohe Folgekosten. Die langwierigen Arbeiten auf der Museumsinsel stehen beispielhaft für ein Projektmanagement, bei dem Gesamtverantwortung und Zeitdruck verloren gehen.

Große Kultur- und Museumsprojekte brauchen:

- einen verbindlichen Gesamtzeitplan,
- öffentlich einsehbare Meilensteine,
- transparente Kostenentwicklungen,
- klar benannte Verantwortliche,
- regelmäßige unabhängige Kontrollen,
- frühzeitige Gegenmaßnahmen bei Verzögerungen,
- sinnvolle Zwischen- und Teilnutzungen während langer Bauzeiten.

Unterschiedliche Zuständigkeiten dürfen nicht dazu führen, dass niemand für den Gesamtfortschritt einsteht.

XII. Sport, Vereine und Ehrenamt

67. Sport für alle ermöglichen

Sport fördert Gesundheit, Gemeinschaft, Leistungsbereitschaft und Integration. Berlin braucht erreichbare Angebote für Kinder, Jugendliche, Erwachsene, Senioren und Menschen mit Behinderungen.

Neben dem Vereinssport brauchen wir frei zugängliche Bewegungsflächen, Bolzplätze, Laufstrecken, Basketballfelder, Skateanlagen und weitere wohnortnahe Angebote. Neue Wohnquartiere müssen von Anfang an ausreichende Sportmöglichkeiten erhalten.

68. Sportstätten erhalten und modernisieren

Viele Sporthallen, Plätze, Umkleiden und Schwimmbäder sind sanierungsbedürftig oder überlastet. Vereine verlieren Trainingszeiten, weil Einrichtungen gesperrt werden und Reparaturen zu lange dauern.

Berlin braucht:

- eine Bestandsaufnahme der öffentlichen Sportstätten,
- nachvollziehbare Sanierungsprioritäten,
- verbindliche Zeit- und Kostenpläne,
- schnelle Reparaturen kleinerer Schäden,
- moderne Sanitär-, Umkleide- und Aufenthaltsbereiche,
- ausreichend Kapazitäten für Schul-, Vereins- und Freizeitsport,
- Ausweichmöglichkeiten während längerer Sanierungen.

69. Vereine als Rückgrat der Stadt stärken

Sport-, Kultur-, Jugend-, Sozial- und Nachbarschaftsvereine schaffen Gemeinschaft, fördern junge Menschen und übernehmen Aufgaben, die staatliche Stellen allein nicht leisten könnten.

Vereine brauchen:

- langfristig nutzbare und bezahlbare Räume,
- einfache und transparente Förderverfahren,
- feste Ansprechpartner in den Bezirken,

- schnellere Genehmigungen für Veranstaltungen,
- eine bessere Zusammenarbeit mit Schulen,
- verlässliche Nutzungszeiten in öffentlichen Einrichtungen,
- Unterstützung bei Versicherung, Datenschutz, Abrechnung und Sicherheitsauflagen.

Fördermittel dürfen nicht nur für große, professionell organisierte Träger erreichbar sein. Auch kleine, lokal verwurzelte Vereine müssen Anträge bewältigen können.

70. Ehrenamt erleichtern statt erschweren

Ehrenamtliche investieren Zeit, Wissen und oft auch eigenes Geld für andere Menschen. Sie dürfen nicht durch komplizierte Anträge, unverständliche Vorschriften und unnötige Haftungsrisiken entmutigt werden.

Wir wollen vereinfachte Antrags- und Abrechnungsverfahren, weniger Nachweise bei kleinen Förderbeträgen, Beratungsangebote, Versicherungsschutz, Fortbildungen und eine unbürokratische Erstattung notwendiger Auslagen.

Wer Verantwortung für die Gemeinschaft übernimmt, soll Unterstützung erfahren und nicht an der Bürokratie scheitern.

71. Kinder und Jugendliche über Vereine fördern

Vereine vermitteln Teamgeist, Verlässlichkeit, gegenseitigen Respekt und persönliche Verantwortung. Mitgliedsbeiträge, Ausrüstung oder Fahrtkosten dürfen nicht dazu führen, dass Kinder ausgeschlossen werden.

Berlin soll besonders solche Vereine unterstützen, die:

- kostenlose oder günstige Angebote bereitstellen,
- Jugendliche selbst Verantwortung übernehmen lassen,
- mit Schulen und Jugendclubs zusammenarbeiten,
- Präventions- und Integrationsarbeit leisten,
- Kindern aus finanziell belasteten Familien die Teilnahme ermöglichen.

Gute Vereinsarbeit ist langfristige Jugendförderung und wirksame Prävention.

XIII. Demokratie und Bürgerbeteiligung

72. Bürger frühzeitig beteiligen

Bürgerbeteiligung darf nicht erst beginnen, wenn politische Entscheidungen faktisch bereits getroffen sind.

Bei größeren Bauprojekten, Verkehrsänderungen und Entwicklungen im Wohnumfeld müssen Betroffene frühzeitig informiert und einbezogen werden. Beteiligung bedeutet nicht, dass jede Entscheidung allen gefallen wird. Argumente müssen aber ernsthaft geprüft und Entscheidungen nachvollziehbar begründet werden.

73. Direkte Demokratie stärken

Volksbegehren, Volksentscheide, Bürgerbegehren und Bürgerentscheide sind wichtige demokratische Instrumente.

Ihre Durchführung muss einfacher, transparenter und bürgerfreundlicher werden. Erfolgreiche Abstimmungen dürfen nicht politisch ignoriert oder durch jahrelange Verzögerungen entwertet werden.

74. Transparenz und Kontrolle

Verträge, Gutachten, Beratungsleistungen und größere öffentliche Projekte müssen grundsätzlich transparent sein, soweit keine berechtigten Datenschutz- oder Sicherheitsinteressen entgegenstehen.

Politische Verantwortung muss erkennbar bleiben. Fehler dürfen nicht in undurchsichtigen Strukturen verschwinden. Wer öffentliche Verantwortung trägt, muss Entscheidungen erklären und sich kontrollieren lassen.

XIV. Unser Angebot an Berlin

Wir wollen Menschen zusammenbringen, die sich nicht länger damit abfinden, dass Berlin schlecht verwaltet, ideologisch überfrachtet und an den Bedürfnissen seiner Bürger vorbei regiert wird.

Unsere Bewegung richtet sich an Menschen aus allen Bezirken, Berufen und gesellschaftlichen Gruppen: an Menschen, die arbeiten, Familien versorgen, Unternehmen führen, Nachbarn helfen, Vereine tragen oder sich auf andere Weise für Berlin einsetzen. An Menschen, die sich keiner politischen Richtung vollständig zugehörig fühlen, unterschiedliche Auffassungen aushalten und Verantwortung übernehmen wollen.

Wir versprechen keine einfachen Lösungen für jedes Problem. Wir versprechen, Probleme offen zu benennen, Entscheidungen nachvollziehbar zu machen und Lösungen zu suchen, die im Alltag funktionieren.

Wir sind weder Sprachrohr eines politischen Lagers noch Vorfeldorganisation einer bestehenden Partei. Wir wollen eine eigenständige Berliner Bürgerbewegung sein: demokratisch, unabhängig, sachorientiert und fest in den Bezirken verwurzelt.

Unser Maßstab ist nicht die politische Mode.

Unser Maßstab ist Berlin.

Berlin kann mehr.

Berlin braucht eine Verwaltung, die arbeitet, eine Politik, die zuhört, eine Infrastruktur, die funktioniert, und Kieze, in denen Menschen sich sicher und zu Hause fühlen. Es braucht eine Wirtschaft, die sich entwickeln kann, Schulen, die Wissen vermitteln, und Bürger, die nicht nur alle paar Jahre ihre Stimme abgeben, sondern dauerhaft gehört werden.

Dafür treten wir an.

Für ein Berlin, das wieder funktioniert.

Für eine Politik mit gesundem Menschenverstand.

Für eine starke, unabhängige Bürgerbewegung.